

Ralf Christoffers, Helmut Holter und Klaus Lederer

Elemente einer neuen Regional- und Strukturpolitik:

Das LINKE-Strukturentwicklungsprogramm einer sozial-ökologischen
und demokratischen Entwicklungsperspektive der Regionen.

DIE LINKE.

»Wenn die Linke wieder ernst genommen werden will, muss sie ihre Stimme finden. Grund für Empörung gibt es genug – wachsende Einkommensdisparitäten, mangelnde Bildungschancen, soziale Benachteiligung, wirtschaftliche Ausbeutung im In- und Ausland, Korruption und Geld und Privilegien verstopfen die Arterien der Demokratie. Aber es reicht nicht mehr, die Mängel des ‚Systems‘ anzuprangern und dann die Hände in den Schoß zu legen. (...)

Wir sind in ein Zeitalter der Unsicherheit eingetreten – wirtschaftliche Unsicherheit, physische Unsicherheit, politische Unsicherheit. (...) Die Menschen werden auf die Ressourcen des Staates zurückgeworfen sein. Schutzsuchend werden sie sich an die Politik wenden. (...) Die Alternative lautet dann nicht mehr Staat oder Marktwirtschaft, sondern dieser oder jener Staat. Wir müssen daher die Rolle des Staates neu definieren.«

Tony Judt

I. DIE LINKE, ihre soziale Kompetenz und die Probleme der gefährdeten Regionen

Die Entwicklung einer parteipolitisch eigenständig organisierten demokratischen, sozialistischen Linken in der Bundesrepublik reicht mittlerweile fast ein Vierteljahrhundert zurück. Sie hat ihre Stärke stets daraus bezogen, dass sie sich uneingeschränkt den brennenden sozialen Fragen gestellt, Partei für die Benachteiligten ergriffen, entsprechende politische Vorschläge unterbreitet und – wo immer möglich – in Ländern und Kommunen auch wirksam in praktische politische Gestaltung eingebracht hat.

Seit sich im Zuge der deutschen Vereinigung zunächst in Ostdeutschland die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) herausgebildet hatte, spielten in den 1990er Jahren regional besonders ausgeprägte soziale Fragen und Härten eine zentrale Rolle: die Folgen des Zusammenbruchs der DDR, des Kollapses der ostdeutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit der Vereinigungspolitik der Regierung Kohl und der falsch ausgerichteten Treuhandpolitik, der verbreiteten Massenerwerbslosigkeit und der fehlenden Chancen für alle Generationen, des für den Osten eingeführten Sonderrechts und des Missbrauchs des Ostens als neoliberalen Experimentierfeld, das Ausbleiben einer selbsttragenden Entwicklung in den ostdeutschen Ländern. Die PDS war zugleich die Partei, die ein spezifisches gesellschaftliches Wertegefüge aufgriff und zur Geltung brachte – ein egalitär geprägtes Wertegefüge, in dem soziale Gerechtigkeit eine bestimmende Rolle spielte und spielt.

Mehr und mehr Menschen wandten sich im Osten der PDS zu. Sie spielte eine zunehmend anerkannte Rolle in der Zivilgesellschaft und als Widerpart gegen die fehlgeleitete Transformationspolitik im Osten. Ihre Landtags- und Kommunalfraktionen erstarkten, und bei der Bundestagswahl 1998 schaffte sie aus eigener Kraft den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde.

Die Partei sammelte zunächst Tolerierungs-, dann Regierungserfahrung in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und schließlich Brandenburg. Bereits Mitte der 1990er Jahre waren aus ihren Reihen und ihrem Umfeld rund 6.000 kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie 130 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tätig.

Nach der Jahrtausendwende – die Kohlsche Vereinigungspolitik war (auch gemessen an ihren eigenen Versprechen) gescheitert – schufen bis Mitte des ersten Jahrzehnts die Schröder-Münchener-Reformen mit den Hartz-Paketen und der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters eine grundsätzlich veränderte Realität für ganz Deutschland. Der Sozialstaat wurde radikal um- und teilweise abgebaut. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Einführung von Hartz IV, die Renten-Reform und die Rente erst mit 67, die Veränderungen im Gesundheitswesen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes zugunsten von Leiharbeit und Niedrigstlöhnen, die Entfesselung des Finanzkapitalismus auch in Deutschland – all dies brachte für mehr und mehr Menschen ernste Einschnitte und eine tiefe Zäsur in ihrem Verhältnis zu Staat und Gemeinwesen.

In dieser Situation formierte sich die Linke in Deutschland neu. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, linke Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft, engagierte Bürgerinnen und Bürger fanden sich in der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zusammen und machten sich gemeinsam mit der PDS daran, eine neue demokratische Linkspartei zu bilden. DIE LINKE schlug Wurzeln auch in den westdeutschen Bundesländern, zog in die Kommunalparlamente und in sieben westdeutsche Landtage ein. In Hessen scheiterte eine rot-rot-grüne Alternative zur schwarz-gelben Landesregierung nur knapp an einigen wenigen rechten Sozialdemokraten. Auch im Osten erlebte die Linke einen beträchtlichen Aufschwung. In Schwerin stellte sie erstmals die Oberbürgermeisterin einer Landeshauptstadt. 2005 und 2009 zog die neue Formation mit Rekordergebnissen in den Bundestag ein. Der Protest gegen eine Politik, die Hand an den Sozialstaat legte, hatte eine mächtige politische Stimme gewonnen – das Versprechen einer neuen sozialen Idee große Erwartungen geweckt.

Und in der Tat: Eine neue soziale Idee steht auf der Tagesordnung unseres Landes. Das soziale Grundversprechen der alten Bundesrepublik ist aufgekündigt worden. An die Stelle des korporativ organisierten Interessenausgleichs der alten Bundesrepublik trat das neoliberal fundierte Prinzip

der wachsenden Ungleichheit. Die herrschende Politik fand sich mit der Bedrohung der Mittelschichten und der Existenz einer (wachsenden) Unterschicht nicht nur ab, sondern verstetigte und verschärfte diese Situation noch. Der wirtschaftliche Strukturwandel vollzieht sich zunehmend als Wildwuchs. Ökonomischer und technologischer Fortschritt in der großen Industrie geht immer weniger mit sozialem Fortschritt einher. Produktionsstandorte werden an Orte mit sozialen Niedrigstandards verlagert. Sie hinterlassen hierzulande Globalisierungsverlierer, für die die derzeit herrschende Politik keine Perspektive anzubieten vermag – bestenfalls Alimentierung auf niedrigstem Niveau.

Ein zunehmendes Gefälle bildete sich nicht nur zwischen sozialen Schichten, sondern auch zwischen ganzen Regionen überall in Deutschland heraus, und es verstärkt sich weiter. Aufstieg und Wachstum bei den einen gehen damit einher, dass die anderen abgehängt werden. Das gilt für das ganze Land. Auch Ostdeutschland ist mittlerweile nicht mehr die größte geschlossene Krisenregion Deutschlands, sondern zu einem Flickenteppich von Regionen mit prekärem Status und Gebieten mit Zukunftschancen geworden. Zugleich bilden sich vergleichbar prekäre Regionen im Westen heraus. Das nördliche Ruhrgebiet etwa, der Raum Bremen/Bremerhaven, Teile Schleswig-Holsteins, das bayerisch-tschechische Grenzgebiet, das Saarland und Teile von Rheinland-Pfalz sind davon bedroht. Differenzen wie etwa das Einkommensgefälle von durchschnittlich 20 Prozent, die bisher als Ausweis der Ost-West-Differenz galten, finden sich mittlerweile in dieser Größenordnung auch zwischen dem Norden und dem Süden Westdeutschlands. Einen vergleichbaren Einkommensunterschied gibt es in Ost und West, Nord und Süd auch zwischen Männern und Frauen. Das macht die Sache nicht besser, aber es macht deutlich: Wichtige soziale Differenzen sind nicht mehr allein vor dem Ost-West-Hintergrund zu erfassen und zu bearbeiten.

Diese Probleme liegen durchaus offen zu Tage und werden auch politisch angesprochen – sei es von Bürgermeistern im Ruhrgebiet, vom neuen niedersächsischen Ministerpräsidenten Weil im zurückliegenden Landtagswahlkampf, sogar von der Bundeskanzlerin. Nicht nur durch die 2008 offen ausgebrochene Weltfinanzkrise ist das neoliberale Paradigma angeschlagen. Der britisch-amerikanische Historiker Tony Judt hat der Rückbesinnung auf einen starken, handlungsfähigen demokratischen Staat in den Ländern des Westens mit seinem literarischen Vermächtnis eine starke Stimme gegeben. Die politische Debatte beginnt inzwischen, sich auf die Vorteile egalitärer Gesellschaften zu besinnen. Soziale Ungleichheit wird zunehmend als gesellschaftliche Entwicklungsblockade mit hohen sozialen und ökonomischen Kosten erkannt.

DIE LINKE hat das Wissen um all diese Dinge nicht exklusiv. Was sie aber hat, ist ein Erfahrungs- und Kompetenzvorsprung im Umgang mit sozialen und regionalen Ungleichheiten. Man weiß das von uns. Die Entwicklung einer neuen Partei – auch unserer – verläuft nicht frei von Fehlern, Rückschlägen und auch Phasen der Stagnation. Erfolge können Selbstzufriedenheit nähren, innerparteiliche Emanzipationsprozesse und programmatische Impulse stoßen auf Unsicherheiten. Sie wecken Furcht vor dem Verlust von Erkennbarkeit und vor dem Misserfolg des noch nicht Erprobten. Doch eine Partei in Stagnation und inneren Abwehrkämpfen verliert an äußerer Zustimmung. Die Stagnation mündet in Niederlagen. Niederlagen führen zu der Neigung,

sich auf vertrautes Terrain und auf frühere Erfolgskonzepte zu besinnen. Selbstvergewisserung ist notwendig. Doch die Antworten auf die Herausforderungen von heute liegen vor uns, nicht hinter uns. Weder die PDS der 1990er Jahre noch die Linkspartei.PDS des Jahres 2005 taugen als Blaupause für DIE LINKE, wie sie für dieses Jahrzehnt und für die Zukunft gebraucht wird.

Unsere neue soziale Idee gewinnt Konturen. Sie zielt auf Sicherheit in einem Zeitalter der Unsicherheiten – auf die Sicherheit, dass Umbrüche im Leben nicht in dauerhaften Abstürzen enden. Niemand soll dazu verurteilt sein, sein Leben auf der Ebene niedrigster sozialer Alimentierung zu verbringen. Niemand soll dazu verurteilt sein, wegen seines Geburts- oder Lebensortes von Teilhabe, Wohlstand und Selbstverwirklichung ausgeschlossen zu sein. Weder Menschen noch Regionen dürfen dauerhaft abgehängt und aufgegeben werden. Dazu braucht es Ressourcen, dazu braucht es Geld. Doch insbesondere die Erfahrungen Ostdeutschlands zeigen: Auch viel Geld allein reicht nicht. Nötig ist vor allem eine tatkräftige Politik, die Chancen eröffnet, die Perspektiven schafft.

In und mit Ostdeutschland haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Probleme prekärer Regionen gerade nicht durch Sonderrecht, durch sanktionierte Benachteiligung, durch die Schaffung von Sündenböcken u. ä. zu lösen sind. So etwas darf es für Regionen, die jetzt Gefahr laufen, prekär zu werden, nicht geben – und für Ostdeutschland müssen diese Regelungen aufgehoben beziehungsweise so weit als möglich zurückgefahren werden. Das betrifft vor allem die Angleichung der Ost- an die West-Renten. Mitnehmen – nicht ausgrenzen! Das muss der erste Anspruch einer sozial verantwortlichen Politik für prekäre Regionen sein.

Aus sozialer Verantwortung sagen wir auch: Wer sich jetzt, wie der thüringische Wirtschaftsminister Machnig, mit der Forderung nach zusätzlich 1000 Mrd. € für den Osten bis zum Jahr 2030 ins Gespräch bringt, der versteckt die Herausforderungen der ost- und westdeutschen Krisenregionen mehr, als dass er zu ihrer Bewältigung beiträgt. Heutzutage sind statt dem Ruf nach der hohen Zahl viel eher differenzierte Vorstellungen für Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik etc. auf Landes- und Bundesebene gefragt. Es mag dabei um auch kleinteilige und behutsame Ansätze gehen – und doch braucht die damit verbundene Politik Richtung und Strategie: den sozial-ökologischen Umbau.

Wir wollen auf eine nachhaltige, sozial und ökologisch geprägte gesellschaftliche Entwicklung einschwenken. Diese Perspektive braucht eine andere ökonomische Basis als die Dominanz der Finanzwirtschaft. Deutschland ist in der Krise auch deswegen nicht ganz so massiv erschüttert worden, weil hier der Industrie-Besatz deutlich stärker ist als in anderen entwickelten westlichen Ländern. Das ist eine wichtige Lehre. Realwirtschaftliche Wertschöpfung muss funktionieren – sie ist auch die entscheidende Voraussetzung für eine sozial gerechtere Verteilung. Allerdings wurde die diesbezügliche Politik hierzulande in den vergangenen 15 bis 20 Jahren nicht so ausgerichtet, wie es nötig gewesen wäre. Gravierende Veränderungen in Technologie und Arbeitswelt sind aufzuarbeiten. Es werden Korrekturen vorzunehmen sein, Blockaden sind zu lösen und neue Entwicklungen müssen eingeleitet werden.

II. Schritte für eine sozial-ökologische Strukturentwicklungspolitik der Regionen

Wir als ostdeutsche LINKE, als sozialistisch-ökologische Partei, unsere Repräsentanten und Mitglieder, haben in den zurückliegenden Jahren in verschiedenen gesellschaftlichen und parlamentarischen Konstellationen an vielen Einstiegsprojekten in die sozial-ökologische und demokratische Modernisierung der Gesellschaft mitgewirkt. Die Mitglieder der Partei sind hier den schwierigen Weg gegangen – ausgehend von der politischen Vision über klare Konzepte hin zu Fallbeispielen des Lebensalltags. Natürlich hat nicht alles funktioniert, denn auch wir sind Suchende. Doch haben wir viele wertvolle Erfahrungen in politischen Auseinandersetzungen gesammelt, von denen wir überzeugt sind, dass sie Referenzprojekte auch für andere Regionen im Wandel in Deutschland und Europa aufzeigen. Unserer Ansicht nach geht es in den vor uns liegenden zehn Jahren um folgende zentrale Schritte:

1. Sozial-ökologische Innovation fördern, nachhaltige Wirtschaftspolitik gestalten

Die Wirtschaftspolitik muss darauf ausgerichtet sein, Anreize und Rahmenbedingungen für eine ressourceneffiziente Produktionsweise, für den Aufbau einer neuen (und den zukunftsorientierten Umbau der noch vorhandenen) Industrie zu setzen. Die Orientierung auf Ressourcen- und Energieeffizienz ermöglicht den technologischen Umbau bestehender wie auch den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten. Schlüsselemente dafür sind Forschung, Entwicklung, Technologietransfer, Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft. Nachhaltige Strukturentwicklung orientiert nicht auf die Finanzierung „verlängerter Werkbänke“ in strukturschwachen Regionen, sondern auf die Etablierung von Forschung und Entwicklung und der Implementierung sozial-ökologischer Innovation als industrieller Basis der Regionalentwicklung. In klar definierten Bereichen sollte Forschung besonders gefördert werden – nicht nur durch Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen, sondern bis hin zur Steuerbefreiung. Der Brandenburgische Plan ProIndustrie ist hier ein LINKE-Referenzprojekt, das – ähnlich wie der Berliner Industriedialog 2001-2011 – auf die Verbindung von Forschung, Entwicklung und Produktion in eigenständigen Wertschöpfungsketten angelegt ist.

Für den Einsatz öffentlicher Mittel bilden sich neue Maßstäbe heraus. Neben engen betriebswirtschaftlichen Effekten und der Entwicklung industrieller Potenziale rücken soziale und Innovationskriterien immer stärker in den Fokus. Schon jetzt wird der Einsatz öffentlicher Mittel in Politik und Öffentlichkeit mit einer anderen Sensibilität als vor zehn Jahren debattiert. In einigen Ländern – u.a. in Brandenburg – hat dieser Umbau bereits begonnen. Auch in Berlin wurde unter Rot-Rot auf die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei Förderpolitik und Auftragsvergabe gesetzt. Die Brandenburgische Innovationsstrategie, der Umbau der Förderarchitektur und die Entwicklung und Förderung einer industriellen Basis in der Region stehen im Mittelpunkt der rot-roten Wirtschaftspolitik in Potsdam.

Schwerpunkte sind dabei nicht nur ein Wachstumsprogramm für Kleinunternehmen sowie die Förderung strukturbestimmender Unternehmen, sondern gleichermaßen

die Steigerung von Effizienz und der sparsame Umgang mit Ressourcen sowie die Schaffung neuer, guter, zukunftssträchtiger Arbeitsplätze. Fördermittel werden an Tarifbindung und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekoppelt. Leiharbeit wird bekämpft: Bei einem Beschäftigten-Anteil von mehr als zehn Prozent gibt es nur noch beschränkte Investitionsförderung, bei einer Quote von mehr als 30 Prozent fällt die Förderung komplett weg. Zudem geht es um Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit und zur Einbindung von Kreativität und Engagement der Mitarbeiter/innen.

Die kleinen und mittelständischen Betriebe (KMU) gelten in Deutschland zu Recht als Rückgrat der Wirtschaftskraft, von Beschäftigung und Wertschöpfung. Doch ihnen fehlt nicht nur allgemein Kapital für Investitionen. Wegen ihrer Kapital-schwäche erfüllen sie auch nicht die geltenden Vorbedingungen für die Fördermittelvergabe. Das Problem wird sich mit Basel III sogar noch verschärfen. Ein sozial-ökologischer Umbau aber kommt so nicht in Gang. Unumgänglich sind öffentliche Programme, mit deren Hilfe die Eigenkapitalbasis der KMU auf die Höhe der Herausforderungen gebracht werden kann. Als LINKE-Referenzprojekt kann hier auf die Programme zur Eigenkapitalstärkung in Brandenburg verwiesen werden.

2. Sozial gerechte Energiewende

DIE LINKE verpflichtet sich mit ihrer Strategie des sozial-ökologischen Umbaus auf die Umsetzung einer Energiewende, die vor allem sozial ausgestaltet und mit einem Zugewinn an Gerechtigkeit und Demokratie umgesetzt wird. Die soziale Dimension dieser Energiewende bleibt unser Markenzeichen. Hiermit verbindet sich der Schritt zu einer sozial-ökologischen Transformation.

Die Energiewende kann gesellschaftlicher und technologischer Innovationstreiber sein. Sie wird es aber nur dann sein können, wenn klar ist, dass der Umbau der Energieträgerstruktur mit dem Umbau der Gesellschaft und ihrer Wertestruktur einhergehen muss. Was es bedeutet und was es voraussetzt, jederzeit beliebig viel Energie zur Verfügung zu haben, rückt erst allmählich ins Bewusstsein. Der Umbau muss sich von politischen Kriterien wie Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit sowie Akzeptanz und Beteiligung leiten lassen. Es geht darum, die fossilen und nuklearen Energieträger überflüssig zu machen, die Systemintegration der Erneuerbaren Energien zu erreichen und das Versorgungssystem umzubauen. Die Brandenburger Energiestrategie 2030 verfolgt dieses Ziel genauso wie die „Berliner Linie“ des damaligen LINKE-Wirtschaftssenators in Berlin 2010, die allerdings inzwischen vom rot-schwarzen Senat aufgegeben wurde. Mit der Beförderung, Unterstützung und parlamentarischen Flankierung des gegenwärtig in der 2. Stufe befindlichen Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“ betreibt DIE LINKE. Berlin dieses Engagement jetzt aus der Opposition heraus weiter. Es geht darum, die Erzeugungs- und Versorgungsinfrastruktur auf die Herausforderungen der Zukunft – dezentrale, regenerative Erzeugung und Nutzung von Energie – umzustellen, wozu die Energiekonzerne als Dinosaurier der Großenerzeugung und -verteilung nicht in der Lage sind.

Die Energiewende muss sozial verträglich organisiert werden. Wir plädieren hier für die Abschaffung der Stromsteuer, für verbindliche Sozialtarife, für eine bundesweit einheitliche Umlage der Netzausbaukosten und für den Abbau der Privilegierung großer Unternehmen bei Strompreisbestandteilen. Im nächsten Schritt wird es nicht nur um die Versorgung von Haushalten und Wirtschaft mit Elektroenergie aus der Steckdose, sondern um die Konvergenz von Wärme und Strom, um eine andere energetische Basis auch für Mobilität gehen.

Energiewende wie sozial-ökologischer Umbau insgesamt schaffen eine andere Lebenswirklichkeit. Ohne Akzeptanz und Beteiligung wird die Gesellschaft, werden die Betroffenen diesen Weg nicht gehen, das zeigen alle Erfahrungen mit derartigen Umbauprojekten. Wir stehen vor ganz neuen Herausforderungen an die Demokratie und die politische Kommunikation, an das Planungsrecht und den Rechtsstaat, an Eigentumsformen und ökonomische Erfolgskriterien. Dezentrale Energieerzeugung und -nutzung können, in Abkehr von multinationalen Oligopolen der Erzeugung und Verteilung, „von unten“ organisiert werden – in Genossenschaften, mit neuen unmittelbaren Beteiligungsformen, angekoppelt an lokale Wirtschaftsstrukturen und Entwicklungskonzepte. Sie ermöglichen lokale Wertschöpfung und die Entfaltung endogener Potenziale, gerade auch im ländlichen Raum.

3. Dezentralität schafft Potenziale für die Regionalentwicklung

Der vorgeschlagene Umbau bringt die spezifischen Stärken und Potenziale von Regionen in den Blick. Regionale Vielfalt ist gesamtgesellschaftlich in einem kooperativen, solidarischen Miteinander möglich. Energiewende und dezentrale Wertschöpfung stehen in einem inneren Zusammenhang, der nun zur Geltung gebracht werden kann und muss.

Zur politischen Verantwortung gehört es, dafür die Voraussetzungen in der Infrastruktur – von der Verkehrsanbindung bis zum schnellen Internet, von der öffentlichen Daseinsvorsorge bis zu einem attraktiven Lebensumfeld – zu schaffen. Ohne eine physische und virtuelle Vernetzung in der Breite gibt es keine Chance, der „Prekarisierung von Regionen“ entgegenzuwirken. Die Entwicklung solcherart abgehängter Landstriche gleicht einer Abwärtsspirale: Menschen und Investitionskapital „flüchten“, zurück bleibt die Kumulation von Entwicklungshindernissen strukturschwacher Regionen, die wiederum den Abstieg beschleunigt und die Probleme weiter verschärft. Das gilt es zu verhindern.

Politik kann dafür sorgen, dass Räume für Innovationen vorgehalten werden – alle Akteure gemeinsam müssen dafür sorgen, dass daraus auch tatsächlich innovative Räume werden. Komplexe Investitionsstrategien in Kombination harter und weicher Faktoren, in Kombination von öffentlichen Mitteln, privatwirtschaftlichem und bürgerschaftlichem/genossenschaftlichem Engagement werden künftig unausweichlich werden. Klassische Förderung – die quantitativ nicht ausreichen wird – muss ergänzt werden durch eine Strategie, die über rein monetäre Lockmittel und Steuerungsinstrumente hinausgeht. Es geht um einen stimmigen Mix von Infrastruktur, Bildungs- und Forschungslandschaft und soziokulturellen Faktoren, der Regionen sowohl für wirtschaftliche Vorhaben als auch für die Menschen als Standort und Lebensort attraktiv macht und Potenziale vor Ort freisetzt.

Starke Städte haben Zukunft, starke Städte sichern Zukunft. Als zentrale Orte werden sie mit ihrer sozialen Infrastruktur immer wichtiger. Städte übernehmen Versorgungsfunktionen für das Umland und müssen dementsprechend auch vom Umland unterstützt werden. Für einen solchen Ausbau der interkommunalen Kooperation sind aber auch die notwendigen administrativen und landesplanerischen Voraussetzungen zu schaffen. Umgekehrt müssen Instrumente der horizontalen Solidarität entwickelt und ausgebaut werden, wie das beispielsweise in Brandenburg mit dem Demografie- und Sozialausgleichsfaktor heute schon geschieht.

Zugleich müssen die Kommunen insgesamt gestärkt werden. Auch hier geht es um Dezentralisierung, um Aufgabenverlagerung nach unten. Die kommunale Gemeinschaftsarbeit muss entwickelt und gestützt werden. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist zu ermöglichen und auszubauen. Rekommunalisierung ist der Weg in die Zukunft, Stadtwerke haben Perspektive. Schon jetzt übernehmen Kommunen wichtige Daseinsvorsorgedienstleistungen zurück in Eigenregie. Gemeinden werden Gesellschafter von Energieunternehmen – wie z. B. bei der WEMAG in Westmecklenburg, bei der Thüga in Thüringen – und Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen. Kommunale Unternehmen werden wieder als wichtige Instrumente regionaler Gestaltungs politik erkannt und genutzt. Das alles setzt voraus, dass in den Ländern keine Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Kommunen erfolgt und dass es auf Bundesebene endlich zu einer Reform der kommunalen Finanzausstattung kommt. Vielmehr muss Unterstützung organisiert werden, die auch kleineren Kommunen das Know-How für solche Entwicklungsprojekte verschafft und sie in deren Umsetzung begleitet. Allein sind sie auf sich zurückgeworfen, mit solidarischer Hilfe können sie ihre Potenziale wirklich ausschöpfen.

Verwaltungsstrukturen müssen den Problemlösungen angemessen sein, sie dürfen nicht selber zum Problem werden. Verwaltungs- und Kommunalstrukturen werden der regionalen Differenzierung folgen. Wie sich das vollzieht, kann nicht von oben oktroyiert und schematisch nach Zahlen entschieden werden – es wird auf natürliche Weise wachsen und an Dynamik gewinnen, wenn Politik diesen Prozess nicht behindert, sondern ermöglicht und fördert. In immer dünner besiedelten Räumen wird eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse künftig nur noch dann gewährleistet werden können, wenn für die Verwaltung, Versorgung und sozialen Dienstleistungen neue Strukturen und Verfahren gefunden werden. Mobile Dienste und digitale Kommunikation sind dafür wichtige Instrumente, verbunden mit der Schaffung von sozialen Ankerpunkten im ländlichen Raum. Sie sollen nicht nur Anlaufpunkte für mobile, soziale und digitale Dienstleistungen sein, sondern auch kommunikative Zentren werden.

Soziale Ankerpunkte brauchen kundiges, oft sicher auch ehrenamtliches Bodenpersonal und engagierte Lotsen vor Ort. Sie sollen keine kalten Verwaltungsstuben sein, sondern Anlaufpunkte für Fürsorge und Unterstützung, für moderne Kommunikation nach außen und traditionelle Kommunikation miteinander. Kultur, Service, Selbstorganisation, Behörden-Guides, eGovernment-Schalter, Rechtsberatung durch Vereine oder Gewerkschaften, mobile Bibliotheken, Hilfe bei der Gesundheitsvorsorge und anderes – das alles kann nicht von einem Landesamt oder einer neuen Abteilung der Kreisverwaltung allein organisiert werden. Andererseits braucht solches Engagement auch Begleitung und Ressourcen.

Soziale Ankerpunkte z.B. könnten über ESF-Mittel gefördert werden.

Von Prekarisierung bedrohte oder schon betroffene Regionen können nicht isoliert gedacht und behandelt werden. Keine Region in Mitteleuropa ist wirklich „Peripherie“ – diese Erkenntnis greift bereits Raum, in den Metropolen wie in den anliegenden Regionen. Räumliche Entwicklungsachsen müssen erkannt und bewusst als Chance genutzt werden. Das stellt neue, hohe Anforderungen an die regionale und interkommunale Kooperation, an die Zusammenarbeit der betroffenen Bundesländer und an die Gestaltung der Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn. Auf der anderen Seite sind die Ballungsräume selbst keine Inseln der Glückseligkeit – ihre soziale und ökologische Entwicklung wird mehr und mehr zur Herausforderung. Prekarisierung und Wohlstand sind hier eng beieinander. In den Innenstädten muss der Gentrifizierung entgegengewirkt werden, in den Außenbezirken einer wild wachsenden Zersiedelung, die die infrastrukturelle Versorgung ebenfalls erheblich erschwert und die Abhängigkeit vom Auto unverantwortlich vergrößert.

An Stelle der unsozialen Mietrechtsänderung der schwarz-gelben Koalition muss ein soziales und klimagerechtes Mietrecht Möglichkeiten für Mieterhöhungen deutlich beschränken. Eine Mieterhöhung allein wegen Neuvermietung ist unzulässig. Die Erhöhung der Miete nach Modernisierungen setzt einen Nutzen für die Mieterinnen und Mieter, zum Beispiel Energieeinsparungen, voraus und ist nur für den Abschreibungszeitraum zulässig.

Der Bund muss auch weiterhin Mittel für die (soziale) Wohnraumförderung bereitstellen, und die Länder haben ihren Anteil zu leisten. Beim Wohngeld sind die Heizkosten wieder zu berücksichtigen. Ein guter energetischer Zustand muss ein Kriterium für die Angemessenheit einer Wohnung sein. Die Mittel für die energetische Gebäudesanierung über die KfW-Bankengruppe sind deutlich aufzustocken und aus dem Bundeshaushalt bereitzustellen.

Dezentrale Energiewirtschaft, virtuelle Netzwerke, Bildung und Wissenschaft als zunehmend bedeutenderer Innovationsfaktor, der Zusammenhang von Industrieproduktion und Dienstleistungssektor – urbane Zusammenhänge und Ballungsräume sind Zentren wirtschaftlicher und auch sozialer Innovationen mit einer wichtigen Funktion für die sie umgebenden Regionen. Es geht darum, unterschiedliche Regionen mit ihren Schwächen und Stärken, Problemen und endogenen Potenzialen zum Ausgangspunkt politischer Konzeptentwicklung zu machen, statt einem abstrakten und zweifelhaften ökonomischen Wachstumsparadigma hinterherzuirrlern. Keine Region kann sich abgekoppelt von anderen und ausgekoppelt aus dem globalen Entwicklungskontext eigene Perspektiven erarbeiten. Es bedarf einer aktiven und gemeinsamen Rollen- und Funktionsbestimmung für die jeweils eigene Region im Gefüge regionaler Netzwerkbeziehungen, Wertschöpfungsketten und Wirtschaftskreisläufe, Leitbilder und Kooperationsformen. Miteinander und Kooperation zwischen Regionen mit unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken bedürfen der gesellschaftlichen Verständigung und Aushandlung über Möglichkeiten fruchtbarer Zusammenarbeit und eines solidarischen Interessenausgleichs.

Schließlich ist auf den Stellenwert und das Potenzial einer

qualifizierten Bildungslandschaft zu verweisen. Das deutsche Bildungssystem grenzt sozial aus und ist den Herausforderungen einer modernen Gesellschaftsentwicklung immer weniger gewachsen. Die Abiturquote liegt weit unter dem OECD-Durchschnitt, gesellschaftliche Problemlösungskompetenzen bleiben unterentwickelt. Auf der anderen Seite droht der Mangel an Fachkräften und ausreichend qualifiziertem Nachwuchs. Die Stärkung und der Erhalt einer vielschichtigen Forschung und Lehre, die Sicherung einer attraktiven Hochschullandschaft sorgen für „Magneten“, die der Abwanderung junger Menschen entgegenwirken, neue Potenziale in die Region holen und damit den regionalen Zusammenhalt stärken können. Mit dem Ausbau von Kitas, Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und einem Netzwerk von Hochschulen fördern wir endogene Entwicklungspotenziale und schaffen soziale Perspektiven für viele Menschen, indem wir der Ausgrenzung im Bildungssystem einen inklusiven Ansatz entgegenstellen. Hochschulen sind außerdem eine wichtige Säule im Rahmen eines innovativen sozioökonomischen Strukturentwicklungsprozesses für die Regionen.

4. Öffentlich geförderte Beschäftigung ermöglichen, Ausgrenzung durch Armut beenden

Sozial-ökologische Entwicklung und vielfältige Innovationen erschließen neue Beschäftigungsmöglichkeiten, reduzieren Erwerbslosigkeit. „Gute Arbeit“, die Ankerkennung sehr unterschiedlicher Tätigkeitsformen und soziale Teilhabe durch ein progressives Grundeinkommen sind wichtige Ziele. Dennoch bleiben zunächst die strukturellen Defizite im Arbeitsplatzangebot gerade in den von Prekarisierung bedrohten oder betroffenen Regionen. Das erfordert neue, teilweise oder vollständig öffentlich finanzierte, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse. Solche Beschäftigungsmöglichkeiten fördern die Stärken jedes Menschen, statt Druck in Richtung eines prekären Sektors der Lohnarbeit aufzumachen. Sie sind zudem geeignet, durch zusätzliche Leistungen und Angebote im gemeinnützigen Bereich die Lebensqualität in den Städten, Gemeinden und Regionen zu erhöhen. DIE LINKE hat mit ihren Programmen für öffentlich geförderte Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin in Regierungsverantwortung bewiesen, dass solche Programme sinnvoll sind und einen gesamtgesellschaftlichen Mehrwert erzeugen – aber auch den Menschen selbst eine individuelle Entwicklungsperspektive und Existenzsicherung jenseits von Transferleistungen ermöglichen.

Das alles bedarf der langfristig gesicherten Finanzierung durch den Bund – aber eben auch des spürbaren Beitrages aus den Ländern. Die arbeitsmarktpolitischen Weichenstellungen der schwarz-gelben Bundesregierung im Rahmen der „Instrumentenreform“ haben allerdings diesen Weg blockiert – sie gehören rückgängig gemacht. Zugleich plädieren wir für eine stärkere und konsequentere Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik und für einen gezielt strukturpolitischen Ansatz zugunsten der nachhaltigen Entwicklung von benachteiligten Regionen und des ländlichen Raums.

Es bestehen ganz offenkundig erhebliche Zugangsbarrieren für Ältere, Langzeiterwerbslose und Schwerbehinderte zum Ersten Arbeitsmarkt. Diese Menschen brauchen besondere Unterstützung. Das Europäische Parlament hat im Herbst 2011 einen Entschließungsantrag zur europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020

angenommen und dabei das Problem des Arbeitsmarktes in den Mittelpunkt gestellt. Bis 2020 sollen mit verschiedenen Programmen mehr Menschen mit Behinderungen in reguläre Beschäftigung kommen. Dieser Weg ist richtig.

Auch die verbreitete Armut ist nicht mit einem Federstrich wegzuwischen. Für die Betroffenen geht es um Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Armut darf nicht in Ausgrenzung münden. Deswegen setzen wir uns für Familienpässe und Kulturtickets ein. Mobilität ist in der modernen Gesellschaft eine Grundvoraussetzung für die Integration in der Arbeitswelt, für den Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben überhaupt. Deswegen setzen wir uns für Sozialtickets ein. Die Forderung der LINKEN nach einer armutsfesten Grundsicherung für Kinder bleibt aktuell. Nachteile für Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien müssen durch staatliche und gesellschaftliche Anstrengungen so weit wie nur möglich kompensiert werden – durch eine entsprechende Regelung bei der Schülerbeförderung, durch kostenloses Mittagessen in den Bildungseinrichtungen, durch finanzielle Zuschüsse mit geringen Zugangshürden. Kinderarmut ist aber kein Phänomen, das isoliert bekämpft werden kann. Was hier getan wird, kann höchste Not lindern. Notwendig allerdings sind Konzepte und Maßnahmen, die den Familien insgesamt zugutekommen.

Eine neue Sozialpolitik zielt auf den Abbau sozialer Verwundbarkeit, die Sicherung und den Ausbau von sowie den uneingeschränkten Zugang zu öffentlichen Leistungen, die Entwicklung eines zukunftsfähigen sozialen Gemeinwesens. Nachdem die Entwicklung des modernen Sozialstaats aus der karitativen Armutsfürsorge heraus entstanden und hin zu einem sozialen Recht auf Existenzsicherung verlaufen ist, wird seit den Schröder-Münchener „Reformen“ wieder auf eine Zurücknahme anspruchsbasierter Sozialleistungen gesetzt und die „Selbstverantwortung“, also das individuelle Risikomanagement, priorisiert. DIE LINKE setzt auf eine sanktionsfreie Mindestabsicherung für alle, die aus gemeinschaftlicher Solidarität resultiert und nicht auf die Privatisierung sozialer Rechte setzt. Dazu gehört ein Eckregelsatz zur Gewährung einer Grundversorgung für alle Menschen, der über der relativen Armutsgrenze liegt und die Möglichkeit einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zum Maßstab macht. Schließlich bedarf es eines guten Netzes an Beratungsstellen und Hilfsangeboten für die eigenverantwortliche Lebensgestaltung von Menschen, die von sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind.

5. Gesundheitliche Versorgung sichern

Gesundheitspolitik ist eine zentrale Komponente für sozialen Ausgleich, Integration, Chancengleichheit, gesundheitliche Förderung bzw. Vorsorge und medizinische Versorgung. Es ist notwendig, dafür die Anstrengungen aller Akteure zu bündeln und auch neue Wege zu beschreiten.

Krankenhausstandorte müssen gesichert werden, um künftig die haus- und fachärztliche Versorgung in allen Regionen zu gewährleisten. Zugleich brauchen die Krankenhäuser mehr Planungssicherheit – etwa bei der Abrechnung und Vergütung von erbrachten Leistungen. Die Landespolitik hat da Möglichkeiten, aber es müssen dafür auch die bundesgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Einen Lösungsansatz zur Stabilisierung der gesundheitlichen Versorgung insbesondere in den strukturschwächeren Räumen bietet die Einrichtung Medizinischer Versorgungszentren. Die PDS bzw. DIE LINKE hat sich dafür immer stark gemacht. Seit 2004 sind sie nun bundesweit zugelassen; es können also jetzt auch neue Versorgungszentren entstehen. Gesellschafter eines Medizinischen Versorgungszentrums können zugelassene Leistungserbringer sein – also auch Krankenhäuser, die ansonsten nur sehr eingeschränkt und zu ungünstigeren finanziellen Bedingungen als niedergelassene Ärzte ambulante Versorgung betreiben dürfen.

Die Möglichkeiten der Telemedizin werden immer stärker für eine bessere Betreuung und für mehr Lebensqualität von Patientinnen und Patienten genutzt. Gemeindeschwestern als besonders qualifizierte Versorgungsassistenten können im Interesse einer guten hausärztlichen Betreuung eingesetzt werden und die Ärzte entlasten.

Wir setzen uns weiterhin für einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst ein. Eine qualifizierte Gesundheitsberichterstattung ist die notwendige Grundlage für wirksame gesundheitsplanerische Reaktionen. Regionale und soziale Ungleichheiten sollen dabei ausgeglichen werden. Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss eng mit den anderen Akteuren im Gesundheitswesen kooperieren. Schließlich sind die Planungen entsprechend auszurichten – sowohl im Krankenhausbereich als auch in der ambulanten Versorgung, ergänzt um unterstützende Angebote. Bundesweit einmalig ist beispielsweise das Brandenburgische LINKE-Referenzprojekt „Agnes 2“ für eine Infrastruktur von Gemeindeschwestern.

6. Bildung ist Zukunft

Ein demokratisches Bildungs- und Lernprojekt – offene und breite Zugänge für alle, Transparenz, Vernetzung verschiedener Wissensformen und Lerninstitutionen – ist Kern des gesellschaftlichen Umbaus. Der erste große Schritt ist der Durchbruch zur Gemeinschaftsschule – gerade in den von Prekarisierung bedrohten oder betroffenen Regionen. Die Grundvoraussetzung ist ein ausgeprägtes Netz der Kita-Versorgung mit einem frühkindlichen Bildungs- und Förderungsprogramm und die nachhaltige Stärkung der öffentlichen Schulen.

Die Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 12/13 ist eine leistungsfähige, inklusive, geschlechtergerechte und demokratische Schule, die das Bildungsniveau aller Schüler/innen hebt und die Begabungsförderung ebenso wie den Nachteilsausgleich gewährleistet. Sie stärkt die schulischen wie auch sozialen Kompetenzen aller. Sie verringert die soziale Auslese und erhöht die Bildungschancen aller dadurch, dass sie nicht sozial ausgrenzt. Sie ermöglicht allen den Erwerb des Abiturs.

Die Schaffung der Gemeinschaftsschule erschöpft sich nicht in einer Änderung der Schulstruktur. Die Strukturveränderung ist eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für bessere Leistungen und mehr Chancengleichheit. Sie muss verbunden werden mit einer neuen Unterrichtskultur und einer Schulkultur, die auf Chancengleichheit, Individualität und demokratische Teilhabe der Schüler/innen ausgerichtet ist.

Die Einführung der inklusiven Gemeinschaftsschule ist ein langfristiger Prozess, der weit über eine Legislaturperiode hinausgeht. Um diesen Prozess erfolgreich zu gestalten, bedarf es eines Umdenkens und eines breiten Dialogs in der gesamten Gesellschaft. Es gilt, die Lehrerbildung zu reformieren, die Lehrkräfte zu qualifizieren, mit heterogenen Gruppen umzugehen und Kinder individuell zu fördern. Sowohl Eltern als auch Schulträger müssen davon überzeugt werden, dass alle davon profitieren, wenn alle Kinder lange gemeinsam in einer inklusiven Schule lernen. In Berlin hat DIE LINKE in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD 2006 das Modellprojekt „Gemeinschaftsschule“ durchgesetzt und damit den Keim für eine innovative, inzwischen stark nachgefragte Schulinfrastruktur jenseits des überkommenen gegliederten Systems gelegt. Die mit diesem LINKE-Referenzprojekt gesammelten und evaluierten Erfahrungen erlauben ein positives Fazit. Es käme darauf an, diesen Prozess kontinuierlich weiter zu verfolgen und zu gestalten.

Die regionalen Diskrepanzen erfordern unterschiedliche, flexible Konzepte für unterschiedliche Bedingungen, von verdichteten Bildungsangeboten in den Ballungsräumen bis zu Kleinstschulen und dezentralen Schulformen in ländlichen Gebieten. In jedem Fall gilt es, die schulische Grundversorgung zu sichern und dies im ganzen Land. Zumindest für die ersten Jahre sollte ein möglichst engmaschiges Netz an Angeboten erhalten bleiben. Zugleich muss sich Schule auf neue Formen und Herausforderungen des gesellschaftlichen Lebens einstellen. Wenn digitale Kommunikation auch in der öffentlichen Daseinsvorsorge und Verwaltung zunehmend eine Rolle spielt, brauchen Menschen aller Generationen dafür mehr Kenntnisse als sie sich beim learning-by-doing oder der allein hobbymäßigen Nutzung von Computern, Internet und sozialen Netzwerken erlernen und einüben lassen. Medienkompetenz als Bildungsziel muss um Internet-Kompetenz erweitert werden.

7. Die alte Männergesellschaft wird die Herausforderungen nicht bewältigen

Der demografische Wandel ist gerade in den gefährdeten Regionen voll im Gange und beginnt, seine absehbar dramatischen Folgen zu zeitigen. Der Anteil der über-65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung nimmt zu, die Zahl der Schulabgänger/innen sinkt deutlich. Zugleich kommt weiterhin der höchste Anteil derjenigen, die gefährdete Regionen verlassen, aus der Altersgruppe der 18- bis 27-Jährigen. Immer wieder ist der Anteil junger Frauen an den Abwandernden sowie bei Berufspendlern überdurchschnittlich hoch.

Es heißt aus guten Gründen: *die Zukunft*. Überall ist in dieser Hinsicht viel aufzuholen. In Regierungsverantwortung sind wir daran gegangen, gemeinsam mit frauenpolitischen Interessenvertretungen Schritte zu gehen mit dem Ziel, die Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen.

Nicht alle Missstände können sofort oder nur landes- bzw. regionspezifisch kompensiert werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein elementares Gebot des Anstands, eine gute Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur Notwendigkeit für die gesamte Gesellschaft – nicht ein besonderes Geschenk an die Frauen. Eine Frauenquote für wirtschaftliche Führungspositionen ist überfällig. Es bleibt die Aufgabe,

ein soziokulturelles Umfeld zu schaffen, das Frauen nicht nur eine berufliche und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

8. Die Finanzierungsströme in der Gesellschaft neu organisieren

Einerseits kommt nichts zum Nulltarif, andererseits verlagern sich durch den sozial-ökologischen Umbau und durch die Energiewende die Kosten: Durch die Entwicklung der Energiepreise steigen nicht nur die Belastungen für die privaten Haushalte, sondern auch in Kommunen die Kosten der Unterkunft, der Mittelstand bekommt Wettbewerbsprobleme, die Preisbildung im Energiesektor wird immer unübersichtlicher. Wir halten für die Finanzierung der Energiewende den Übergang zu einem steuerfinanzierten System für angemessen, in dem Lasten und Vorteile gerechter als bisher verteilt werden. Die derzeitige Stromsteuer eignet sich dafür nicht als Ausgangspunkt – sie muss abgeschafft werden. Wir brauchen ein neues, zukunftsweisendes Gesamtfinanzierungskonzept für die Energiewende.

Struktur- und Förderprogramme sowie Beteiligungsgeschäfte müssen konzentriert und von spekulativen und Anlagegeschäften befreit werden. Struktur- und Förderbanken verstehen wir als geeignete Instrumente, mit denen strukturpolitische Ansätze über Förderung und über bewusst konditionierte Kredite umgesetzt werden können – an Stelle der bisherigen Landesbanken. Die Organisation der ILB in Brandenburg zeigt, dass das umsetzbar ist, wenn es hierzu den politischen Willen gibt.

Innerhalb des von uns hier vorgestellten Ansatzes kann man die Probleme in den ostdeutschen Ländern aussteuern – aber nicht nur die. Dieser Ansatz funktioniert mit den begrenzten Ressourcen der Landespolitik, aber er ist auch bundespolitisch anzupacken. Landespolitisch ist unser Ansatz schon deswegen zunehmend von Interesse auch für gefährdete Regionen im Westen unseres Landes, weil er nicht mehr vorrangig auf eine Solidarfinanzierung Ost bauen kann. Die Schuldenbremse gilt ab 2020 für alle Länder. Der Solidarpakt II läuft 2019 aus, die Ziel-1-Förderung der EU gibt es so ebenfalls nicht mehr. Dass Ostdeutschland nicht mehr zu den am meisten gefährdeten Regionen Europas gehört, ist auch ein Erfolg vielfältiger politischer Anstrengungen, an denen DIE LINKE in unterschiedlicher Weise beteiligt war.

Haushaltspolitisch beruht unsere Strategie für die Länder darauf, Prioritäten zu setzen und Finanzierungsmodi zu finden, die im Ergebnis Lebenschancen eröffnen und Perspektiven sichern. Das rot-rot regierte Land Brandenburg zeigt, dass das auch unter den sich wandelnden Bedingungen möglich ist. Im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor erhielten Erwerbslose hier wie auch in Berlin zu rot-roten Koalitionszeiten wieder einen existenzsichernden Job und einen Teil ihrer Würde zurück. Abiturienten aus einkommensschwachen Familien erhalten in Brandenburg ein Schüler-Bafög. Öffentliche Aufträge wurden in Berlin und werden in Brandenburg an einen existenzsichernden Mindestlohn gekoppelt. Mit der Neueinstellung von Lehrern und Erzieher/innen finden junge Menschen Arbeit und Lebensperspektiven in Brandenburg – zugleich kommt ihre Tätigkeit anderen zugute, die durch bessere Bildungsmöglichkeiten größere Lebenschancen gewinnen.

Anders als andere Bundesländer hat sich Brandenburg in den zurückliegenden Jahren keine fiskalische Erleichterung auf Landesebene zu Lasten der Kommunen verschafft. Der Anteil der Investitions- und Sachkostenzuweisungen ist unter Rot-Rot stetig gestiegen, absolut wie prozentual. Fast ein Drittel des Landeshaushalts geht an die kommunale Familie – im Ländervergleich eine enorme Leistung. Bildung, Soziales, Wissenschaft sind die deutlichen Prioritäten der Landesentwicklung. Jeder Euro in diese Sektoren fließt als Investition in Gegenwart und Zukunft. Der Preis für diese Prioritätensetzung ist die Absenkung der vergleichsweise hohen brandenburgischen Investitionsquote auf den bundesdeutschen Durchschnitt. Das ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite hat mit dem Umbau der Wirtschaftsförderinstrumente zu tun. Klügerer und effizienterer Mitteleinsatz, Konzentration auf verstärkten Einsatz rückzahlbarer Darlehen anstelle von Zuschüssen vermag die Wirksamkeit jedes ausgegebenen Euros zu erhöhen. Andere Spielräume wird es unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht geben.

Die angespannte Haushaltslage der öffentlichen Hand ist aber kein ehernes, unausweichliches Gesetz. Um die Situation der öffentlichen Haushalte zu entlasten und damit auch wieder Spielräume für eine gestaltende und zukunftsweisende Politik zu eröffnen, braucht es eine andere Steuerpolitik des Bundes. Im Verlauf der zurückliegenden Jahrzehnte sind hohe Einkommen und Vermögen steuerlich entlastet worden. Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind deutlich gestiegen, während die Lohneinkommen weit weniger starke Zuwächse aufwiesen. Gleichzeitig hat die Konzentration der Vermögensverteilung stark zugenommen. LINKE Finanzpolitik setzt hier an und fordert konkret:

- Eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung. Er lag noch 1998 bei 53 Prozent – jetzt liegt er rund 10 Prozent darunter. Selbst im

internationalen Vergleich fiele ein deutlich höherer Spitzensteuersatz keineswegs aus dem Rahmen.

- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einer verkehrswertnahen – und damit verfassungskonformen – Bewertung aller Vermögensarten bei einem einheitlichen Steuersatz.

- Sozial gerechte Anpassungen der Erbschaftssteuer. Es ist an der Zeit, insbesondere höhere Erbschaften stärker zur Finanzierung der Gesellschaft heranzuziehen. Es ist zutiefst ungerecht, dass die tägliche Erwerbsarbeit ganz selbstverständlich höher besteuert wird als ein Erbe.

- Eine Millionärssteuer, die die großen Vermögen zur Mitfinanzierung des Gemeinwesens heranzieht.

- Die zügige internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Mittlerweile hat sich auch in der EU der Gedanke durchgesetzt, dass eine solche Steuer auf Wertpapier-, Derivate- und Devisenumsätze auch ein geeignetes Präventionsinstrument gegen maßlose Spekulation an den Finanzmärkten darstellt.

- Schließlich geht es darum, den solidarischen Länderfinanzausgleich gegen die immer wiederkehrenden Attacken vor allem der unionsgeführten Geberländer zu verteidigen. Oberste Zielsetzung des bundesstaatlichen Ausgleichssystems muss die Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet bleiben. Auch nach 2019 ist es notwendig, die finanzielle Handlungsfähigkeit aller Länder durch eine aufgabengerechte Finanzausstattung abzusichern.

III. Veränderung wächst von unten

Dass wir über die notwendigen Kompetenzen verfügen, zu einem solchen sozial-ökologischen Umbau mit eigenen Ideen und Konzepten beizutragen, haben wir in den verschiedenen Bundesländern und Kommunen über die Jahre hinweg bewiesen. Vieles muss nicht neu erfunden, sondern gemeinsam mit vielen Engagierten auf die richtige Spur gesetzt werden. In zahlreichen programmatischen und konzeptionellen Materialien hat sich DIE LINKE in den vergangenen Jahren zu Elementen einer neuen Idee für regional- und strukturpolitische Entwicklungsperspektiven geäußert. Das lässt sich an einer Reihe von Beispielen illustrieren, zahlreiche weitere könnten hinzugefügt werden:

„Wirtschaftsdemokratie ist kein einfacher Gegensatz zur Marktwirtschaft, sondern stellt eine Symbiose aus planerischer Gestaltung, regulativen Ebenen und marktwirtschaftlichen Bestandteilen dar. Sie erfordert das Zusammenwirken verschiedener Elemente. Im makroökonomischen Bereich sind die gesamtwirtschaftlichen Aspekte im Rahmen der Haushalts-, Geld- und Sozialpolitik unter Einbeziehung von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu koordinieren. Marktsteuerung umfasst die Fragen der Wettbewerbs-, Kartellrechts- und Tarifpolitik sowie des Verbraucherschutzes. Dazu gehört eine gezielte Regionalpolitik als Bestandteil der Landesentwicklung. Im einzelwirtschaftlichen Bereich geht

es um die Sicherung und Erweiterung vielfältiger Formen von Mitbestimmung bei betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungsprozessen.“

(Wulf Gallert, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Halbzeitbilanz, 2008)

„Die finanzielle Förderung von Energie-Sanierungen im Kommunalen Wohnungsbau ist sozial gerecht, weil es durch Energiesparmaßnahmen hilft, Kosten zu sparen. Hier sind u.a. folgende Maßnahmen möglich: Solardächer, Wärmedämmung, Brauch- und Regenwassernutzung, energiesparende Heizungsanlagen sowie kommunaler Verbrauch von Ökostrom (...). Zudem soll ein Anreizsystem eingeführt werden, welches ökologisch verträgliches Handeln finanziell belohnt, ökologische Schäden verursachendes Handeln dagegen deutlich belastet. Ziel muss es auch sein, eine effizientere Nutzung von Rohstoffen und Energie zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen zu ermöglichen. Mit Hilfe eines Abfallkonzeptes sollen Abfallvermeidung und Wiederverwertung begünstigt werden.“

(DIE LINKE. Thüringen)

„Ins Zentrum der künftigen Öffentlichen Daseinsvorsorge hat DIE LINKE die zunehmend als bedroht empfundene Bereitstellung von Gütern bzw. den Zugang zu Dienstleistungen

gestellt, das betrifft insbesondere Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, Wohnungswesen und öffentlichen Verkehr, Erziehung, Bildung und Kultur, Sport und Erholung, Gesundheits-, Kranken- und Wohlfahrtspflege sowie moderne Telekommunikation. Vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Mittel muss entschieden werden, inwieweit staatliche Subventionierungen möglich und sinnvoll sind, um die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Die Zielstellung der Angleichung der Lebensverhältnisse hat nicht nur eine räumliche Dimension, sie muss vor allem der sozialen Differenzierung in der Gesellschaft Rechnung tragen!“

(DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Halbjahresbilanz 2008)

„Mit der Pilotphase der Gemeinschaftsschule, an der sich bereits 16 Schulen in elf Projekten beteiligen, haben wir die Tür für eine soziale gerechte Bildungspolitik aufgestoßen und streiten in der öffentlichen Debatte um eine gesellschaftliche Mehrheit für die ‚Schule für alle‘. Nur so lassen sich aus unserer Sicht unsere Bildungsziele verwirklichen: den Schulabschluss für alle zu ermöglichen, den Anteil von Abiturienten deutlich zu erhöhen und die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft zu reduzieren.“

(Landesparteitag DIE LINKE. Berlin, Dezember 2008)

„Die Land- und Ernährungswirtschaft wird auch zukünftig ein wirtschaftlicher Grundpfeiler in Mecklenburg-Vorpommern sein. Sie ist flächendeckend nachhaltig sowie multifunktional auszurichten. Vielfältige Eigentumsformen vor allem am Boden in unterschiedlichen Betriebsgrößen und Organisationsformen bleiben die Grundlage für die erfolgreiche Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für die energetische und stoffliche Verwertung. Wir unterstützen Unternehmen, die sich für die nachhaltige Entwicklung der Region einsetzen. Reserven, die in einem höheren Grad der Veredelung und Verarbeitung der Rohstoffe und in regionalen und energetischen Stoffkreisläufen liegen, sind zu erschließen. Möglichkeiten der Direktvermarktung sind deutlich auszubauen. (...) Die Landwirtschaft muss tier-, umwelt- und klimagerecht sein und frei von Grüner Gentechnik produzieren. Wir wollen eine moderne Agrarwirtschaft, die ökologisch orientiert ist und soziale Funktionen in den ländlichen Räumen wieder stärker wahrnimmt.“

(DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern, Leitbild MV 2020+ Ideen für unser Land, Januar 2011)

Aus der Synthese unserer regionalen Kompetenz und der Erarbeitung einer für die Gesellschaft leitenden neuen sozialen Idee sind aber auch ganz konkrete Projekte entstanden. Dabei ist zu beachten: Nur manche dieser Beispiele wurden von Mitgliedern der LINKEN initiiert, andere von Bürgerinnen und Bürgern, die der LINKEN nicht nahe stehen. Manche erfahren und erfuhren unmittelbare politische Unterstützung durch Landesregierungen, an denen die LINKE beteiligt war und ist, wieder andere gehen völlig ohne bisherige Beteiligung der LINKEN ihren Weg. Doch weisen sie alle in Richtung der sozial-ökologischen und demokratischen Modernisierung Ostdeutschlands. Alle beteiligten Akteure sind somit (potentielle) Partner unseres politischen Handelns. Diese Ansätze zeigen, was schon jetzt möglich ist, wenn Projektarbeit auf einen sozial-ökologischen Entwicklungspfad gemeinsam von Politik, Zivilgesellschaft und lokaler Ökonomie in Angriff genommen wird, und was auch in anderen Regionen bewerkstelligt werden könnte:

Stadtwerke Neustrelitz

Die Stadtwerke Neustrelitz setzen seit etwa zehn Jahren erfolgreich auf erneuerbare Energien. Die Stadt wird als eine der

ersten ihren Strombedarf vollständig und ihren Wärmebedarf überwiegend aus erneuerbaren Energien decken. Die Stadt definiert sich selbst über soziale und ökologische Nachhaltigkeit, als Stadt der erneuerbaren Energien. Die zentrale Rolle dafür liegt bei den Stadtwerken, die zu 100 % im kommunalen Eigentum sind. Die kombinierte Strategie, Energieeffizienz zu steigern und den Umstieg auf erneuerbare Energien zu betreiben, wird systematisch verfolgt: Erdgastankstelle, Biogasanlage, Photovoltaikpark; unterstützt wird ein Bürger-Solarverein, der drei kleine Solaranlagen betreibt. Der wirtschaftliche Erfolg ist beträchtlich und gesichert, mittlerweile sind auch große Investitionen möglich, finden sie die Zustimmung der Stadtvertreter. Das Beispiel dieses Stadtwerkes zeigt viele Hürden und Schwierigkeiten, denen sich dezentrale und lokale Innovationen ausgesetzt sehen. Sie reichen von der normalen Bürokratie bis zur konkreten Machtpolitik der großen Stromkonzerne. Deutlich wird die zentrale Rolle der Netzeigentümerschaft. Das Stadtwerk hilft sich durch ein eigenes regionales Netz. Die Bundesbürokratie unterstützt bisher einseitig die Monopolisten. Die Stadtwerke Neustrelitz gehen bewusst über rein wirtschaftliche oder energetische Orientierungen hinaus. Die Teilhabe der Beschäftigten wie der Bürger der Stadt ist die unverzichtbare Kehrseite einer erfolgreichen Umstellung auf erneuerbare Energien. Dazu gehören beispielsweise geregelte Tariflöhne, Ausbildungsplätze, Qualifizierung oder aber die günstigen Energiepreise, Beratung und unterschiedliche Unterstützungsmaßnahmen für Kunden. Hauseigentümern wird für Photovoltaik-Anlagen längerfristig ein Solarbonus gezahlt.

Bioenergiedorf Feldheim

In Ostdeutschland hat jüngst die Gemeinde Feldheim in Brandenburg Aufmerksamkeit erregt. 2010 hat sich der Ortsteil mit seinen 140 Einwohnern vom Energienetz abgekoppelt. Seitdem wird der Strom von den Windanlagen, einer Biogasanlage bezogen und steht eine Holzhackschnitzel-Heizung in Reserve. Ausschlaggebend war die Gemeinsamkeit von Ökostromanbieter und Bevölkerung, wesentlicher Schlüssel die finanziellen Anreize. Strom und Wärme sind deutlich günstiger, zugleich sind die Einwohner direkt finanziell beteiligt. Eigentümer/innen haben sich in einer Erzeugergemeinschaft zusammengeschlossen. Der energieautarke Ort hat Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren geschaffen, erschließt Chancen für die Jugend des Ortes, baut Bildung- und Ausbildung auf.

Energiespargemeinde Zschadraß

Die Gemeinde Zschadraß nennt sich aufgrund eines ihr verliehenen Prädikats „Energiespargemeinde“. Mit den unterschiedlichen energetischen Sanierungen und Energieanlagen im Bereich regenerativer Energien – Photovoltaik-Anlagen, Windräder, Holzhackschnitzelheizung – erzeugt die Gemeinde schon seit einigen Jahren mehr Energie als sie verbraucht. Die Nutzung ist ausgedehnt auf das im Ortsteil gelegene Fachkrankenhaus, ein kommunaler Kleinbus wird mit Bioethanol betrieben. Die wirtschaftliche Umsetzung ist beachtlich, vor allem mit der sinnvollen Verbindung der unterschiedlichen Energieprojekte. In Zschadraß hat eine glückliche Fügung die „richtigen“ engagierten Akteure zusammengebracht. Letztlich war wichtig, dass die Kommune sich durch Stiftung und Bürgerverein eine ausreichende demokratische Legitimation für ihre Finanzentscheidungen geschaffen hat. Waren zunächst klare finanzielle Engpässe Anlass zum Handeln, so ist daraus ein breiter sozialer Anspruch geworden. Der Strom füllt die Kassen von Stiftung

und Bürgerverein, finanziert wird ein Kleinbus, den auch Vereine des Dorfes nutzen, unterstützt wird das Schulessen. Künftig soll es kostenlose Kitaplätze geben – bezahlt durch Windkraft. Weiter ausgebaut wird Bürgerbeteiligung, etwa mit Testanlagen für Photovoltaik. Gewinn von Erfahrungen, Ausräumen von Vorurteilen. Bürger und Kommune haben ihren Handlungsspielraum beträchtlich erweitert, sie sind nicht mehr Bittsteller um Zuschüsse, sie haben eigene Ressourcen. Die Verbindung von Ökologischem und Sozialem wird zum Modell selbstbestimmter kommunaler Entwicklung.

Kooperationsnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern

Gestützt auf längerfristigen Vorlauf in einzelnen Bioenergiedörfern vollzieht sich in Mecklenburg-Vorpommern die dynamische Entwicklung eines breiten Kooperationsnetzes von Bioenergiedörfern. Antworten auf den Klimawandel, regionale Wertschöpfung und Teilhabe der lokalen Bevölkerung sollen direkt miteinander verbunden, erneuerbare Energien zum Antrieb für erweiterte Handlungsspielräume der Kommunen werden. Bioenergie ist auf ökologisch vernünftige Weise zu gewinnen, nicht durch Maiswüsten, Monokultur oder Belästigung der Bevölkerung. Es geht um Einkommen, Lebensqualität und lokalen Umweltschutz. Bewusst wurde über die Einzelgemeinden hinausgegangen. Zunächst waren es etwa 15 unterschiedliche Kooperationspartner, mit Stand März 2011 insgesamt 68 Gemeinden. In zehn Jahren sollen 500 Bioenergiedörfer zum Kooperationsverbund gehören. Gemeinsame Strategie, kollektive Interessenvertretung, die Implementierung übergreifender Unterstützungsstrukturen sind wichtige Punkte. Jedes Dorf soll die Zielkriterien (100 % Strom aus erneuerbaren Energien, 75 % der Wärmeversorgung) erreichen, und neben dem Energieexport soll in sparsame Mobilitätsprojekte investiert werden – Umstellung der Lebensweise. Es gibt praktische Erfolge, Hindernisse, Konflikte und Enttäuschungen bleiben jedoch nicht aus. Sichtbar und wirksam ist die mobilisierende Wirkung dieser einzigartigen Kooperationsbewegung. Stabil im „Boot“ sind Kommunen, Unternehmen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik.

Bürgerhaushalt Lichtenberg

Der 2005 im Stadtbezirk Lichtenberg begonnene Bürgerhaushalt gilt als einer der erfolgreichsten in Deutschland. Er wird in diesem Jahr zum siebenten Mal in Folge durchgeführt. Eine aktive Beteiligung von jährlich über 2 % der Einwohner mag eine eher geringe Zahl sein, sie ist dennoch bedeutsam und weist steigende Tendenz auf. Im Bürgerhaushalt können Vorschläge in einem finanziellen Umfang von etwa 35 Mio. EUR gemacht werden (bei einem Gesamtbudget von ca. 550 Mio. EUR). Von den etwa 1.700 Vorschlägen wurden mehr als 90 % durch die Abgeordneten in die Haushaltsplanung aufgenommen und zum Großteil auch bereits umgesetzt. Mit seinen sehr breiten Beteiligungsmöglichkeiten (vom Internet bis zur direkten Veranstaltung) sieht sich der Stadtbezirk auf dem Weg zur Bürgerkommune – die vielfältigen Kompetenzen der Bürger sollen genutzt und

gestärkt, Partizipationsräume erhalten und erweitert werden. In diesem Jahr können die Bürger erstmals Vorschläge machen, deren Umsetzung nicht beim Bezirk, sondern beim Senat liegen würde. Eine solche Abstimmung zwischen Verwaltung und Bürgern könnte aber den Vorschlägen größeren Nachdruck geben. Das kann weiteres Engagement befördern. Problematisch ist in diesem Zusammenhang der immer knapper werdende Rahmen frei verfügbarer Posten im Finanzbudget, das dem Bezirk von der Landesebene zugewiesen wird.

Energiegenossenschaft Viernau

Ziel der Energiegenossenschaft ist es, zur dezentralen Energiewende beizutragen, die alternative Stromerzeugung in der Region voranzutreiben, regionale Wertschöpfung zu generieren, die Erwirtschaftung von Renditen, Stärkung der Gemeindefinanzen. Die Gründung der Energiegenossenschaft Viernau wurde von einem Mitglied der LINKEN initiiert; Mitglieder der Partei vor Ort und aus der Landtagsfraktion gehören zu jenen, die Genossenschaftsanteile zeichnen, sie sind im Aufsichtsrat und Vorstand der Energiegenossenschaft vertreten. Die Energiegenossenschaft Viernau steht zweitens objektiv und zumindest partiell subjektiv in einem Funktions- und Wirkungszusammenhang mit dem Konzept der LINKEN in Thüringen („Energiewende statt grüner Kapitalismus...“) und belegt drittens die oben skizzierte entschiedene Wertschätzung der LINKEN für das Genossenschaftsmodell.

Rekommunalisierung der Energienetze Thüringens

Wie in anderen Bundesländern (siehe Hamburg, Berlin) ist und bleibt die Rekommunalisierung der Energienetze und der Wasserversorgung für DIE LINKE ein überaus wichtiges Kampfziel. Das gilt selbst dann, wenn man in Erwägung zieht, dass die Netzzugänge mittlerweile erheblich liberalisiert sind und die jeweiligen Eigner andere Anbieter zulassen müssen. Der größte Energieversorger Thüringens (E.ON) ist bereit, seine Anteile an die Thüringer Kommunen zu veräußern, die bereits fast die Hälfte der Anteile halten. Die LINKE tritt aktiv mit entsprechenden Anträgen im Landtag für die Übernahme der E.ON-Anteile ein und fordert die Landesregierung dazu auf, die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen und gegebenenfalls Bürgschaften in Aussicht zu stellen sowie rechtsaufsichtliche Genehmigungen für die Aufnahme von Darlehen zu erteilen. Mittlerweile erfolgreich. Denn die Rekommunalisierung nimmt 2013 Gestalt an. „Das hätte ich vor einem Jahr noch nicht einmal zu träumen gewagt“, so Bodo Ramelow über die Rekommunalisierung der Energienetze Thüringens: „Damit würden wir das größte Gemeindefinanzierungsnetz Deutschlands errichten und hätten die Chance zum Bundesland Nr. 1 der regenerativen Energien zu werden.“ Gelingt die Rekommunalisierung, so wäre die Tür geöffnet für eine aktive Kommunalwirtschaft und eine endgültige „Abkehr vom jahrzehntelangen Privatisierungskult“ (Ramelow).

IV. Eine neue gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung bewältigen

Wir haben – unbeschadet aller Kritik, überzogener Versprechen und falscher Weichenstellungen – in und mit Ostdeutschland die Erfahrung gemacht, dass eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung bei einer großen Herausforderung möglich ist und dass eine solche Kraftanstrengung auch etwas bringt. Wie gehen wir mit dieser Erfahrung um? Was leiten wir daraus ab?

Der Solidarpakt II, der allein auf Ostdeutschland gerichtet war, läuft 2019 aus. Mit ihrer Klage gegen den Länderfinanzausgleich bestreiten Hessen und Bayern gegenwärtig die Berechtigung eines solidarischen Ausgleichssystems zwischen den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland und setzen erneut auf einen stärkeren „Wettbewerbsföderalismus“.

Neue, große Herausforderungen sind mittlerweile zu bewältigen – von der Finanzkrise bis zur Energiewende. Dazu gehört aber auch die Herausforderung, das Abhängen von Regionen (in Ost und West) zu verhindern, Regionen und ihre Menschen wieder anzukoppeln, das Leben dort neu zu organisieren und so auch den sozialen Gefahren zu begegnen. Innerhalb des hier beschriebenen Ansatzes lassen sich die Probleme in den von Prekarisierung betroffenen bzw. bedrohten Regionen wirksam anpacken. Dieser Ansatz ist möglich mit den begrenzten Ressourcen der Landespolitik. Er ist aber zugleich bundespolitisch anzupacken – und er ist auch auf die Strukturförderpolitik der Europäischen Union erweiterbar.

Wir fordern daher eine Verständigung zwischen den politischen Parteien und in der deutschen Öffentlichkeit darüber ein, ob zur Bewältigung der Probleme von Prekarisierung

bedrohter und betroffener Regionen eine neue gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung, ein „Solidarpakt III für Krisenregionen in West und Ost“ oder die verfassungsrechtliche Verankerung einer „Gemeinschaftsaufgabe sozial-ökologische Strukturentwicklung“ im Grundgesetz möglich und durchsetzbar ist. Die inhaltlichen Konturen einer solchen gesamtgesellschaftlichen Herausforderung – den sozial-ökologischen Umbau – haben wir hier beschrieben. Im Mittelpunkt eines solchen Projekts steht die nachhaltige Strukturentwicklung, die nicht mit dem Ziel verfolgt wird, dauerhafte Transferabhängigkeit und Alimentierung „abhängiger Regionen“ zu vertiefen, sondern soziale und ökologische Modernisierung mit demokratischer Modernisierung und ökonomisch selbsttragender Entwicklung zu verbinden. Davon profitiert letztlich das ganze Land.

Voraussetzung für die Umsetzung dieses Entwicklungs- und Gestaltungskonzepts ist ein politischer Richtungswechsel in Ländern und Bund. Ein solches Zukunftskonzept braucht deshalb breite Unterstützung. Dafür besteht im Wahljahr 2013 die Chance. Sie wahrzunehmen, setzt nicht nur einen entsprechenden Willen der Wählerinnen und Wähler voraus. Es braucht auch die Bereitschaft aller auf einen Wechsel hinarbeitenden politischen Kräfte, die Anstrengungen zu bündeln und auf Ausgrenzungs- und Verdrängungswahlkämpfe zu verzichten. DIE LINKE ist stark genug, dies zu überstehen – aber unser Land braucht politische Lösungen, nicht parteipolitische Eitelkeiten.

